

Peter Ritter, Landesvorsitzender DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

**Rede auf dem Landesparteitag, Sternberg , 25.10.2008**

Anrede,

wenn wir uns hier im Saal umschaun, sehen wir die Dekoration des Erntedankfestes.

Der Kreisbauernverband feierte gestern Abend hier.

Die Bäuerinnen und Bauern können weitgehend zufrieden auf das Jahr zurückblicken.

Trotz manch widriger politischer und klimatischer Rahmenbedingungen konnten sie eine gute Ernte einfahren.

Und wir?

Seien wir ehrlich:

Als wir vor einem Jahr das Samenkorn "DIE LINKE" in den politischen Boden unseres Landes einbrachten, ahnten wohl die wenigsten von uns, wie erfolgreich die Ernte schon nach einem Jahr ausfallen würde.

Bei den Landratswahlen in Ostvorpommern und auf der Insel Rügen konnten Bärbel Syrbe und Kerstin Kassner ihr Amt souverän verteidigen.

Mit Siegfried Konieczny, dem neuen Landrat des Kreises Demmin, haben sie jetzt einen starken Begleiter an ihrer Seite.

Übrigens: von den bundesweit vier Landräten, die Mitglied unserer Partei sind, stellen wir allein drei!

Auch unsere Bürgermeister in Plau am See und Sassnitz, Norbert Reier und Dieter Holtz, haben erneut- und das deutlich- das Vertrauen ihrer Wählerinnen und Wähler erhalten.

Mit Stefan Weigler in Wolgast konnten wir - für viele unerwartet, aber um so mehr verdient - einen weiteren Bürgermeisterstuhl erkämpfen.

Und schließlich - sozusagen als Erntekrone - ist Angelika Gramkow zur Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt gewählt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister!

Ach was: liebe Bärbel, liebe Kerstin, liebe Angelika, lieber Siegfried, lieber Norbert, lieber Dieter, lieber Stefan:

Ein herzliches Dankeschön für Eure engagierte Arbeit, Euren intensiven Wahlkampf.

Herzliche Glückwünsche zur Wahl!

Viel Erfolg bei Eurer wichtigen, nicht immer leichten Arbeit!

Unserer Unterstützung könnt Ihr sicher sein!

Doch zunächst kommt bitte nach vorn und lasst Euch danken und feiern!

Anrede,

doch nicht nur diese Wahlerfolge gehören zu unserer Erntebilanz.

Seit dem Gründungsparteitag konnten wir in unseren Reihen auch über 200 neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter begrüßen.

Eine solche Anzahl von Neumitgliedern konnten wir schon lange nicht mehr verzeichnen.

Doch sind wir damit noch nicht ganz zufrieden.

Ihr erinnert Euch:

Zu Jahresbeginn hatte uns Friedemann mit auf den Weg gegeben:

Jede Basisorganisation gewinnt in diesem Jahr ein neues Mitglied.

Bei knapp über 500 Basisorganisationen im Landesverband fehlt uns da also noch ein ganzes Stück.

Ich rufe Euch daher auf: Weitermachen, nicht nachlassen. Das ist wichtig, besonders im Hinblick auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr.

DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei, ja sie ist bei uns im Land eine Volkspartei.

So soll es auch bleiben. Und damit es so bleibt, müssen wir auch bei der Mitgliedergewinnung konzentriert arbeiten.

DIE LINKE ist eine Partei, die Politik nicht zum Selbstzweck oder zur Selbstbeschäftigung betreibt.

Wir sind die Partei, die Alternativen zur krisengeschüttelten neoliberalen Politik entwickelt hat und nicht nur an den eigenen Machterhalt denkt.

Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunft!

Und Gerechtigkeit und Zukunft braucht dieses Land.

Mit unserem Programm "M-V 2020+" werden wir diese Alternativen zur Debatte stellen. Helmut wird dazu heute den aktuellen Stand vorstellen.

Anrede,

dass der finanzmarktgetriebene Kapitalismus am Ende seines Lateins angekommen ist, haben wohl alle in den letzten Tagen deutlich gespürt.

Nur dass jetzt Zeit für grundlegende Veränderungen ist, haben Frau Merkel und Co noch nicht begriffen.

Nach ihrer Auffassung ist das Wiederanstiegen der Börsengewinne das Zeichen für den Erfolg ihrer

Rettungsaktion für unfähige Banker.

Die Folgen der Finanzkrise werden vergesellschaftet, damit auch künftig die Gewinne von Spekulanten privatisiert bleiben können.

Und als Herr Ackermann dieser Tage mitteilte, dass er gönnerhaft auf seinen Bonus verzichten will, sind mir die Tränen gekommen.

Fast wäre ich mit der Spendenbüchse losgelaufen!

"Die Finanzkrise zeigt:..."- so der DGB- "...Die Selbstregulierung der Finanzmärkte hat versagt. Die Geschäftsstrategie der Banken hat sich von ihrem Kerngeschäft weit entfernt. Statt nachhaltigem, organischem Wachstum zugunsten der Kunden wurden kurzfristige Gewinnmaximierungen und zweistellige Gewinnmargen verfolgt...Folglich steht jetzt ein Kurswechsel in der Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Tagesordnung."

Von einem solchen Kurswechsel aber ist nichts zu merken.

Einer, der den falschen Weg auch mit zu verantworten hat, lobt dagegen das so genannte Krisenmanagement der Bundesregierung.

Ich rede von Horst Köhler, bis zu seiner Wahl als Bundespräsident, immerhin Chef des Internationalen Währungsfonds.

Nach dem Willen von CDU und FDP soll Köhler auch nach dem 23. Mai 2009 Bundespräsident sein.

Aus meiner Sicht ein falsches politisches Signal.

Ich meine: Wir brauchen einen ehrlichen Bundespräsidenten.

Der Vorschlag der Bundestagsfraktion, Peter Sodann als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl vorzuschlagen, findet meine volle Unterstützung.

Und weil nun wieder alle Christ-, Freien- und AGENDA 2010-Sozialdemokraten über den Kandidaten der LINKEN, über unsere Konzepte und Vorschläge herfallen und uns vorwerfen, wir Staatsruinierer hätten nichts weiter als eine Rückkehr zum Sozialismus im Sinn, empfehle ich all diesen klugen Kritikern einen Blick ins Grundgesetz Artikel 15 oder ein intensives Studium des Steuerkonzepts der LINKEN.

Ich kann nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr die Arroganz und Inkompetenz der verantwortlichen Politiker und Parteien entsprechend bewerten werden.

Anrede,

mitten in den Debatten zur Finanzkrise gab es aber auch andere wichtige bundespolitische Entscheidungen.

Vielleicht kam die Krise dafür auch passend.

Fast unbemerkt wurde der Gesundheitsfond eingeführt.

Fast unbemerkt einigte sich der Koalitionsausschuss in Berlin auf eine Änderung des Grundgesetzes.

Nach dem Willen der Spitzen von CDU und SPD soll der militärische Bundeswehreinsatz im Inneren ermöglicht werden.

Zwar gibt es Widerstand in der SPD, vom Tisch ist die Grundgesetzänderung aber noch lange nicht.

Das Wischi-Waschi-Verhalten der SPD-Landtagsfraktion zu unserem Antrag auf der Sitzung des Landtages am Donnerstag ließ deutliche Zweifel am Widerstandsverhalten der SPD aufkommen.

Wir sagen deutlich: Nein zum militärischen Einsatz der Bundeswehr und fordern klare Worte seitens der SPD.

Ein solches klares Wort und entsprechende Taten fordern wir von der SPD und der CDU auch beim "Bombodrom".

Wieder wurde im Petitionsausschuss des Bundestages durch die Regierungsmehrheit- und das sind bekanntlich CDU und SPD- eine Mehrheit gegen die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes verhindert.

Und Ihr könnt sicher sein: nächstes Jahr zu Ostern - im Bundestagswahljahr - sind sie alle wieder in Freetzdorf zum Ostermarsch und fordern das Aus des "Bombodrom".

Ob dann aber im September endlich das umgesetzt wird, was seit Jahren versprochen ist, ist völlig offen.

Manchmal staune ich wirklich über die Geduld, die die Bürgerinitiativen vor Ort mit diesen Wahlversprechern haben.

Anrede,

schließlich hat sich die Bundes-SPD ein neues dynamisches Duo gegeben.

Doch so neu sind Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat nicht.

Müntefering und Steinmeier gehören zu den Architekten und Durchsetzern der AGENDA 2010.

Und wenn Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Landesvorsitzender Sellering die Wahl dieser Beiden als Aufbruch bejubelt, belegt das seine tiefe Zustimmung zur Sozialabbaupolitik der AGENDA 2010.

Als eine der ersten Amtshandlungen verteidigte Müntefering die Beschlüsse zur Rente ab 67.

Hier sind wir gefordert.

Auf dem Bundesparteitag in Cottbus haben wir unsere Rentenkampagne beschlossen.

So richtig lebt diese Kampagne bei uns noch nicht.

Ich rufe Euch daher auf, die Rentenkampagne überall im Landesverband mit mehr Leben zu erfüllen und die Kampagne zum Erfolg zu führen.

## **Wahljahr 2009**

Anrede,

nach der Wahl ist vor der Wahl. Zugegeben: ein abgenutzter Spruch. Aber wahr.

Nach dem für uns erfolgreichen Wahljahr 2008 geht es mit vollen Segeln ins Wahljahr 2009.

Am 7. Juni wählen wir ein neues europäisches Parlament.

"Frieden, Demokratie, Solidarität- Für ein besseres Europa." So lautet die Überschrift des Entwurfs unseres Europawahlprogramms.

DIE LINKE steht für einen Politikwechsel in Europa.

Wir wollen eine friedliche Europäische Union.

Wir wollen eine soziale Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut.

Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten Entscheidungsprozessen.

Und wir wollen, dass DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern wieder mit Sitz und Stimme in Brüssel vertreten ist.

Der Landesvorstand hat daher im Juli einstimmig beschlossen, den Gremien unserer Bundespartei unseren Europa-Abgeordneten André Brie erneut als Kandidaten für die Wahl zum Europäischem Parlament vorzuschlagen.

Ich rufe unsere Delegierten zur Bundesvertreterversammlung auf: Unterstützt auch Ihr diesen Vorschlag konsequent!

André setzt sich ein für eine friedliche und sozial gerechte europäische Union.

André ist für uns wichtiger Partner und Interessenvertreter in Brüssel.

Und das soll so bleiben.

Anrede,

zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament finden die Kommunalwahlen in unserem Land statt.

DIE LINKE hat sich in Mecklenburg-Vorpommern zu einer anerkannten kommunalpolitischen Kraft entwickelt.

Bürgernähe, Kompetenz und Engagement sind DIE Markenzeichen unserer Kommunalpolitik.

Viele Genossinnen und Genossen und auch parteilose Mitglieder unserer Fraktionen in Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen haben daran ihren Anteil.

Dank gebührt allen, stellvertretend kann ich jedoch nur einige nennen:

Zum Beispiel Klaus Salewski aus Stavenhagen- der 1990 im Kreis Malchin am Runden Tisch mitwirkte, in den Kreistag einzog und heute Präsident der Stadtvertretung der Reuterstadt ist.

Auch Günter Waldschläger aus dem Landkreis Bad Doberan saß am Runden Tisch der Wendezeit und wirkt seitdem bis heute im Kreistag.

Birgit Socher, seit 1990 Vizepräsidentin der Greifswalder Bürgerschaft und zweimalige OB-Kandidatin.

Monika Zeretzke - seit 15 Jahren Fraktionsvorsitzende in Anklam.

Marlies Peeger - seit 1994 Stadtpräsidentin in Torgelow.

Wer von uns kennt nicht Christiane Latendorf, die nicht nur seit 1990 aktive Kommunalpolitikerin ist, sondern ihr kommunalpolitisches Gen auch in ihrer Familie fortgepflanzt hat.

Elke-Annette Schmidt, über den Müritz-Kreis hinaus bekannte und anerkannte Kommunalpolitikerin. Erst jüngst hat sie geholfen, dass der Blinden- und Sehbehindertenverband in Malchin eine Kommunal-Kombi-Stelle erhielt.

Elfriede Holz - langjährige Kreistagsabgeordnete auf der Insel Rügen.

Günter Rogin - als Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Ludwiglust nicht wegzudenken.

Luise Krüger - kommunalpolitische Frontfrau in Nordwestmecklenburg.

Marleen Janew, seit 1990 Stadtvertreterin in Schwerin, langjährige Vize-Stadtpräsidentin und treue Wahlkampfhelferin von Angelika.

Peter Friederich, Bürgermeister der Gemeinde Ziegendorf im Landkreis Parchim - hatte schon vor der Wende das Vertrauen seiner Gemeinde und war so auch ein Kommunalpolitiker der ersten Stunde der damaligen PDS.

Renate Baumgärtel aus Rostock - auch heute noch wichtige Ansprechpartnerin für Vereine und Verbände.

Herbert Doberenz - Urgestein in der Neubrandenburger Stadtvertretung und Mitglied der Mitgliederversammlung der Planungsregion "Mecklenburgische Seenplatte".

Christa Hagemann aus Wismar, die in den letzten 12 Jahren als Fraktionsvorsitzende agierte

oder

Gerd E. Neumann aus Stralsund, der als Erster Ideen und Vorschläge für kommunalpolitische Beschäftigungsprogramme machte.

All den Genannten ein herzliches Dankeschön für ihre geleistete Arbeit.

Alle Genannten stehen für die vielen, vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die durch ihre tägliche ehrenamtliche Arbeit der Kommunalpolitik der LINKEN Anerkennung und Respekt einbrachten.

Ihre Arbeit war, ist und bleibt wichtiges Fundament für ein erfolgreiches Wirken unserer Partei.

Anrede,

Kommunalpolitik nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger gestalten, sondern gemeinsam mit ihnen war, ist und bleibt unser Credo.

Kommunalpolitik der LINKEN lädt daher ein: zum Mitmachen, Mitgestalten, Mitkämpfen.

Diese Einladung richte ich auch ausdrücklich an unsere Gäste aus Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden.

Motivieren Sie Ihre Mitglieder auf den Offenen Listen der LINKEN bei den Kommunalwahlen zu kandidieren! Wir brauchen ihre Erfahrungen, ihr Engagement, ihre Fachkompetenz.

Mit diesem bürgerschaftlichen Engagement sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Räume und Chancen für Rechtsextremisten kleiner und erfolgloser werden.

Dort, wo wir präsent sind, wo wir arbeiten und personelle und inhaltliche Alternativen bieten, bleibt für Rechtsextremisten kein Platz!

Dieser Herausforderung müssen und wollen wir uns stellen - gemeinsam.

Anrede,

LINKE-Kommunalpolitik wendet sich entschieden gegen die auf Demokratie- und Sozialabbau gerichtete Europa-, Bundes- und Landespolitik.

LINKE-Kommunalpolitik ist für die Leute da.

Jede Entscheidung muss dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit standhalten.

Wir fordern daher den unverzüglichen Stopp der Sozialabbaupolitik, die mit der AGENDA 2010 eingeleitet wurde.

Mit den finanziellen Folgen dieser Politik, die Arbeitslosigkeit, Armut - vor allem bei Kindern -, Rentenungerechtigkeit und Defizite in der Gesundheitsvorsorge hervorbringt, werden die Kommunen alleine gelassen.

Das kann so nicht weitergehen.

LINKE-Kommunalpolitik sichert die Transparenz und Öffentlichkeit kommunaler Entscheidungen und stärkt so kommunale Selbstverwaltung.

Ohne starke Kommunen ist ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen nicht denkbar.

LINKE-Kommunalpolitik stärkt das kommunale Eigentum und damit die Daseinsfürsorge. LINKE-Kommunalpolitik lehnt weitere Privatisierungen von Sozial-, Gesundheits-, Kinder- und Jugendeinrichtungen ab.

LINKE-Kommunalpolitik fördert und unterstützt daher ein breites Netz ehrenamtlicher Betätigung demokratischer Vereine und Verbände.

LINKE-Kommunalpolitik initiiert und unterstützt die Bildung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie

Seniorenbeiräten.

LINKE-Kommunalpolitik ist kommunale Gleichstellungspolitik. Die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist als Querschnittsaufgabe zu begreifen und weiter auszugestalten.

LINKE-Kommunalpolitik initiiert und unterstützt gemeinsame Aktivitäten der demokratischen Parteien zur Auseinandersetzung mit der NPD und anderen rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Organisationen.

Gemeinsam müssen und können wir den Einzug der NPD und anderer rechtsextremer Gruppierungen in die Kommunalparlamente verhindern.

Wir brauchen keine Nazis!

Nicht auf der Straße, nicht in den Parlamenten, nicht in den Köpfen!

Anrede,

Theater, Konzerte, Bibliotheken, Museen, Musikschulen, soziokulturelle Orte, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind Bestandteile der Lebensqualität in der Kommune.

LINKE-Kommunalpolitik fordert, dass Kunst, Kultur, Sport- und Freizeitmöglichkeiten für alle Menschen zugänglich sein muss.

Von Teilnahme und Teilhabe an Kunst und Kultur, Sport und Freizeit darf niemand, erst recht nicht aus sozialen Gründen, ausgeschlossen werden.

Wir fordern, den in Mecklenburg-Vorpommern schon einmal praktizierten Weg des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wieder einzuschlagen.

Wir meinen damit nicht, Ein-Euro-Jobs oder Kommunal-Kombi.

Wir meinen versicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Kinder- und Jugendarbeit, der Seniorenarbeit, in Umweltprojekten oder der soziokulturellen Arbeit.

Auch hier gilt: Von Arbeit muss man leben können!

Anrede,

all diese Punkte sind Bestandteil der "Kommunalpolitischen Leitlinien", die Euch der Landesvorstand zur Beschlussfassung unterbreitet.

Der Landesvorstand hat sich auf seiner Klausur im Juli mit einem ersten Entwurf der Leitlinien befasst und diese zur Diskussion an alle Gliederungen des Landesverbandes übergeben.

Zahlreiche Debatten wurden geführt, Änderungsvorschläge unterbreitet und vom Landesvorstand aufgenommen.

Vor Euch liegen nun kommunalpolitische Leitlinien, die eine gute Grundlage für die Erarbeitung der Kommunalwahlprogramme vor Ort sind.



Ich bitte Euch daher um Zustimmung zum Antrag des Landesvorstandes.

Anrede,

um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können, bedarf es neben der inhaltlichen Grundlage, guten und zahlreich vorhandenen Kandidatinnen und Kandidaten, auch einer funktionierenden Wahlkampf-Mannschaft.

Diese Mannschaft braucht jemand, der sie anführt, der ihr Dampf macht und einen, auf den sie dann alles schieben können.

Der Landesvorstand hat, dieser Erwartungshaltung folgend, auf seiner Sitzung am 10.10. Kay Spieß zum neuen Landesgeschäftsführer berufen.

Ich wünsche Kay für diese verantwortungsvolle Tätigkeit alles Gute.

Euch, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich, Kay die notwendige Unterstützung zu geben.

100-Tage-Schonfristen gibt es bei uns nicht.

Deshalb: Kay - komm bitte nach vorn, hol Dir Deine Blumen und lass Dich feiern.

Und dann: ab an die Arbeit!

Anrede,

mit guten Ergebnissen bei den Europa- und Kommunalwahlen - einer Zwischenernte im Jahr 2009 also - legen wir gute Grundlagen für ein gutes Ergebnis bei den Bundestagswahlen im September.

Unsere kleine "Landesgruppe" in der Fraktion DIE LINKE, also Martina, Heidi und Dietmar, soll größer werden!

Wir beginnen in den nächsten Tagen in den Direktwahlkreisen mit der Aufstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten.

Im Februar werden wir dann auf unserer Vertreterversammlung unsere Landesliste wählen.

Ich freue mich, dass Martina, Heidi und Dietmar wieder für uns ins Rennen gehen wollen.

Ohne den Entscheidungen des Landesausschusses, der jetzt zuständig für die Erarbeitung eines Listenvorschlages ist, vorgreifen zu wollen, würde ich mich freuen, wenn Dietmar wieder unser Spitzenkandidat wird.

Anrede,

das Jahr 2009 ist nicht nur das Jahr der Wahlen.

Das Jahr 2009 ist auch das Jahr der Jubiläen.

Viele historische Ereignisse werden die politischen Debatten bestimmen.

So das Jahr

1919 - als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden.

Oder das Jahr 1939 - als das faschistische Deutschland den 2. Weltkrieg begann, Millionen Menschen auf Schlachtfeldern des Krieges, in Konzentrationslagern, bei Flucht und Vertreibung den Tod fanden.

Oder das Jahr 1949 - als in Folge des 2. Weltkrieges zwei deutsche Staaten entstanden, deren Entwicklung sehr wesentlich von den Siegermächten des 2. Weltkrieges geprägt war.

Oder das Jahr 1989 - als die Menschen in der DDR auf die Straße gingen und Veränderungen einforderten.

Anrede,

man braucht kein Prophet sein, um sagen zu können, dass vor allem die Ereignisse des Wendeherbstes 1989 im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen und wir ins Zentrum der Auseinandersetzungen gerückt werden.

Nehmen wir diese Debatte offensiv an.

Denn es geht um unser Leben, unsere Erfahrungen, unsere Verantwortung.

Ich will daher eines deutlich sagen: Das Leben in der DDR lässt sich nicht auf drei Worte reduzieren. Weder in die eine, noch in die andere Richtung.

Weder war alles "grau in grau" noch war alles "ja doch nicht so schlecht".

Wir als LINKE müssen uns zu allererst die Frage beantworten, warum die souveränen Bürger der souveränen DDR diese DDR nicht mehr haben wollten und die DDR nicht mehr funktionieren konnte.

Rosa Luxemburg nannte es : "...die historische Aufgabe des Proletariats,...anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jede Demokratie abzuschaffen.." und weiter:

"Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution."

Anrede,

wir machen Politik nicht zum Selbstzweck oder zur Selbstbeschäftigung.

Wir wollen die Lebenssituation der Menschen verbessern.

Wollen wir dabei erfolgreich sein, kann es nicht zu allererst darum gehen, Verteidigungskämpfe zu führen.

Es muss darum gehen, richtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Für mich brachte es Oskar Lafontaine auf dem Cottbuser Parteitag auf den Punkt:

"Sicher, in der DDR gab es auch Fortschritte- mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherheit, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute

Schulbildung. Aber die DDR ist auch gescheitert, weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war...Das aber sind unverzichtbare Bestandteile einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Dies ist die Lehre aus der Geschichte der DDR."

Der legitime Versuch, auf deutschen Boden gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die auf ein friedliches Zusammenleben der Völker, auf soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Geschlechtergleichstellung abzielen, ist auch und vor allem an den eigenen Fehlern gescheitert.

Die Lehren daraus zu ziehen, das ist für mich offensives Führen der historischen Debatte.

Wenn wir es aber nicht lernen, uns nicht immer gleich reflexartig in die Haare zu kriegen, wenn Kritiken am Leben in der DDR geäußert werden, dann sind wir zu offensiver Debatte nicht fähig.

Wenn hinter jeder Meinungsäußerung sofort "Verrat an der Sache" gewittert wird, werden wir in der programmatischen Debatte keinen Schritt vorankommen und in Selbstbeschäftigung verharren.

Denn wenn wir zu Recht darum kämpfen, dass die Begrifflichkeit "Demokratischer Sozialismus" Bestandteil unserer Programmatik bleibt, machen wir doch auch deutlich, dass es eben einen "undemokratischen Sozialismus" gab.

Wenn wir diesen nicht wieder haben wollen, müssen wir auch schonungslos Fehler und Mängel benennen dürfen, um richtige Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Im übrigen ist das keine neue Erkenntnis, denn schon im Chemnitzer Programm der PDS aus dem Jahre 2003 hieß es:

"Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden. Die Erfahrungen aus der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken."

Anrede,

zu unserer Ernte gehört auch die Bilanz unserer Arbeit als nicht nur stärkste, sondern auch größte Oppositionsfraktion im Landtag.

Wolfgang wird in seiner Rede im Verlauf des Parteitages dazu ausführlich Stellung nehmen.

Von mir daher hier nur drei Aspekte:

1. Das, was Wolfgang als Fraktionsvorsitzender geleistet hat, ist keine Kuschel-Kurs-Opposition. Weder im Landesvorstand noch in der Fraktion gab es solche Vorwürfe. Sie kann es auch nicht geben, weil sie jeder Grundlage entbehren. Wir haben dagegen allen Grund, uns bei Wolfgang zu bedanken. Krawallopposition nach Rehbergscher CDU-Manier kommt medial manchmal vielleicht gut an, durchdacht und konstruktiv ist sie jedoch nicht.
2. Wenn die FDP-Fraktion beklagt, sie müsse so lange auf Landtagssitzungen zubringen, weil wir so viele - aus ihrer Sicht unnötige - Anträge einbringen, macht das deutlich, dass sie selbst nichts zu bieten hat und außerdem wenig motiviert ist. Sprechblasenopposition aber bringt das Land nicht voran.
3. Es ist nach zwei Jahren rot/schwarz mehr als deutlich geworden, dass eben nicht egal ist, wer wie in einem Land regiert.

- Aktive Arbeitsmarktpolitik findet in diesem Land nicht mehr statt. Der so genannte Arbeitsminister Seidel sonnt sich zwar in den sinkenden Arbeitslosenzahlen, sieht aber geblendet davon nicht, dass sich Mecklenburg-Vorpommern mehr und mehr zum Niedriglohnland entwickelt hat. Von Arbeit muss man Leben können - Herr Minister Seidel! Es ist Zeit für gesetzlich fixierte Mindestlöhne!

- Umwelt- und Klimaschutzpolitik führen in diesem Land jetzt ein Schattendasein. Der so genannte Umweltminister schweigt zum Klimakiller Steinkohlekraftwerk und verteilt lieber Waldaktien - unglaublicher kann Politik nicht sein.

- Gebühren- und Beitragsbescheide bei Wasser/Abwasser belasten viele Bürgerinnen und Bürger im Land. Proteste vorm Landtag, Bürgerforen mit mehreren hundert Teilnehmern. Egal. Der so genannte Kommunalminister legt fest: das Kommunalabgabengesetz wird nicht aufgemacht und die Koalitionsfraktionen spüren entmündigt.

- "Niemand hat die Absicht, Studiengebühren einzuführen" tönt es aus der Koalition. Der so genannte Hochschulminister prüft dennoch, wie belastbar die Studentinnen und Studenten sind. Die jedoch haben deutlich gemacht: Weg mit den Verwaltungsgebühren!

- Die so genannten Volksparteien der Koalition interessiert Volkes Meinung nicht. 10-tausende Unterschriften für ein kostenfreies Mittagessen an Grundschulen oder gegen das Steinkohlekraftwerk werden ohne großen Aufwand beerdigt. Statt dessen brüsten sie sich mit kostenfreiem letzten KITA-Jahr und kostenfreiem Mittag in der KITA. Diese Errungenschaften aber sind längst nicht kostenfrei, dafür aber auf Kosten anderer finanziert. Sie sind bürokratische Monster, deren Wirkung verpufft. Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht.

Anrede,

am Dienstag hat der neue Ministerpräsident dieses Landes seine Regierungserklärung abgegeben.

Er wolle ein Ministerpräsident für alle Menschen in diesem Land sein.

Sehr schön. Wenn es aber wirklich ernst gemeint ist, sollten Sie - Herr Ministerpräsident - folgendes berücksichtigen:

- Wollen Sie Ministerpräsident für alle Menschen sein, sagen Sie JA zu aktiver Arbeitsmarktpolitik, Mindestlohn und Tariftreue!

- Wollen Sie Ministerpräsident für alle Menschen sein, sagen Sie JA zum kostenfreien Mittagessen an den Grundschulen des Landes!

- Wollen Sie Ministerpräsident für alle Menschen sein, sagen Sie NEIN zum Theater- und Orchesterkonzept ihres Kultusministers!

- Wollen Sie Ministerpräsident für alle Menschen sein, sagen Sie NEIN zur Kürzung des Landesblindengeldes!

- Wollen Sie Ministerpräsident für alle Menschen sein und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes schützen und mehren, sagen Sie NEIN zum Steinkohlekraftwerk in Lubmin!

Anrede,

wenn wir uns in einem Jahr zur 1. Tagung des dann 2. Landesparteitages treffen, werden wir wieder über eine gute Erntebilanz sprechen können.

DIE LINKE wird gestärkt ins Europaparlament, in die Kommunalparlamente und den Bundestag eingezogen sein.

Wir werden auf dem Parteitag im Oktober 2009 aber nicht nur Bilanz ziehen.

Wir werden vor allem Weichen für die Zukunft stellen.

Ihr wisst schon: Nach der Wahl....

Andere Parteien im Land haben mit ihren Personalentscheidungen schon Weichenstellungen für 2011 vorgenommen, andere werden es noch in diesem Jahr tun.

Auch wir sind gefordert, rechtzeitig mit der personellen Vorbereitung der Wahl 2011 zu beginnen.

Ich möchte Euch daher vorschlagen, auf dem Parteitag im Oktober 2009 unsere Spitzenkandidatin oder unseren Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen 2011 zu wählen.

So ist es uns möglich, gemeinsam mit der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten Profil, Inhalt, Alternativen zu entwickeln und den Wählerinnen und Wählern zu präsentieren.

Die Vorbereitung der Landtagswahlen 2011 wird Schwerpunkt der Arbeit des neuen Landesvorstandes sein, der im Oktober des nächsten Jahres zu wählen ist.

Anrede,

ich werde dann nach 8-jähriger Amtszeit nicht mehr für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren.

Ich trete nicht zurück- schon gar nicht im Groll. Ich trete nicht wieder an, das noch einmal speziell für die Medien.

Ich meine - und auch die Satzung aus gutem Grund - 8 Jahre sind genug.

Mit Blick auf einen heute hier vorliegenden Antrag sage ich aber auch deutlich:

2 Jahre sind zu wenig. Das ist politischer Unfug, denn Landesvorsitzender wird und ist man nicht eben mal so hoppla-hopp.

Weil das so ist, möchte ich den Parteitag heute, wie schon vorher den Landesvorstand, über meinen Schritt in Kenntnis setzen.

Ich möchte Euch und dem gesamten Landesverband gleichzeitig Steffen Bockhahn als künftigen Landesvorsitzenden ans Herz legen.

Dies tue ich rechtzeitig, damit Ihr ausreichend Zeit habt, Euch mit Steffen zu treffen, mit ihm zu diskutieren, seine Standpunkte, seine Art und Weise kennen - und schätzen zu lernen, was andersherum natürlich ebenso gilt.

Anrede,

ich werde bis dahin aber kein Landesvorsitzender auf Abruf sein!

Gemeinsam mit Euch will ich um gute Wahlergebnisse kämpfen und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.

Als Kandidat für die Wahlen zum Demminer Kreistag will ich mit dafür Sorge tragen, dass unserem Landrat im Kampf gegen die Zerstückelung des Kreises Demmin eine starke Fraktion zur Seite steht.

Und schließlich will ich im September des nächsten Jahres ein wichtiges Wort bei der Vergabe des Direktmandates im Bundestagswahlkreis 16 mitreden.

Ich bin überzeugt, die Wählerinnen und Wähler in den Kreisen Ostvorpommern und Demmin und der Hansestadt Greifswald haben nach 18 Jahren Adam-Schelsky-Clan endlich etwas besseres verdient:

Nämlich mich!

Vielen Dank!